

Geopferte Humanität: Spanien nach Ceuta

Von JULIA MACHER

Die Bilder waren selbst für Ceuta ungewöhnlich. Schwimmend und über Kaimauern und Hafenanlagen kletternd, überwand Ende Juli mehr als 70 000 Menschen die Landgrenze zur spanischen Exklave auf marokkanischem Territorium. In den Tagen zuvor war in Sozialen Medien massiv für einen Grenzübertritt mobilisiert worden. Zwar kehrte das Gros der Migranten in den Folgetagen überwiegend freiwillig nach Marokko zurück, aber der Schutz der europäischen Außengrenze steht seitdem im Zentrum der politischen Debatte. Während in Spanien dabei zunächst ein möglicherweise beabsichtigtes Versagen der marokkanischen Grenzkontrollen im Fokus stand, konzentrierte man sich im Rest Europas auf Madrids Rolle in der gemeinsamen Migrationspolitik. Aus der Grenzkrise wurde in wenigen Tagen ein europäischer Richtungsstreit.

Den Aufschlag machte dabei Italiens rechte Premierministerin Giorgia Meloni. Bereits am 31. Juli führte Rom Kontrollen für Drittstaatsangehörige ein, die aus Spanien einreisten, und begründete diesen Schritt mit Risiken für Italiens nationale Sicherheit. Spaniens Premier Pedro Sánchez reagierte mit einem scharfen Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, in dem er neben der »solidaritätsbasierten Einwanderungspolitik« auch den effektiven Grenzschutz seines Landes betonte und eine Dringlichkeits-sitzung der EU-Innenminister forderte.¹

1 Vgl. Sánchez estalla contra la UE: así es la carta que ha enviado a Von der Leyen por Ceuta, euronews.com, 1.8.2026.

Fast zeitgleich kritisierten 22 EU-Staaten, angeführt von Italien und Dänemark, die spanische Migrationspolitik als möglichen »Pullfaktor«. In ihrem Schreiben bezog sich die Gruppe vor allem auf eine Regelung, die international als Dreh- und Angelpunkt des spanischen Sonderwegs in Sachen Migration wahrgenommen worden war.² Im Frühjahr hatte die Linkskoalition eine außerordentliche Legalisierung für Menschen beschlossen, die bereits seit längerem ohne regulären Aufenthaltsstatus in Spanien lebten.³ Etwa 600 000 Anträge waren bis Fristende zugelassen worden.

Mit einer Retourkutsche Anfang August setzte sich die Konfrontation auch auf symbolischer Ebene fort: Nun fragten spanische Grenzbeamte an Häfen und Flughäfen aus Italien Anreisende nach den Papieren. Deutlicher als mit wechselseitigen Kontrollen ließ sich die Konfrontation zwischen der Postfaschistin Meloni und dem Sozialdemokraten Sánchez kaum inszenieren. Doch das Szenario änderte sich schneller, als es die starken Bilder vermuten ließen.

Als zwei Wochen später in den Sozialen Medien erneut zu einem massiven Grenzübertritt mobilisiert wurde, war kein Durchkommen mehr. Nicht nur

JULIA MACHER, geb. 1975 in Freiburg, ist Historikerin und Germanistin und arbeitet als freie Journalistin in Barcelona.

2 Vgl. 22 países liderados por Italia y Dinamarca cuestionan la política migratoria de España y reclaman que la UE coja el timón, in: »El Mundo«, 1.8.2026.

3 Julia Macher, Papiere statt Abschiebung: Spanien und die Migration, in: »Blätter«, 3/2026, S. 33-36.

Marokko hatte am 15. August tausende Sicherheitsbeamte in die Region geschickt, um das Umland abzusichern, auch Spanien hatte deutlich aufgerüstet: Am Grenzübergang El Tarajal standen gepanzerte Armeefahrzeuge bereit, entlang der Küste patrouillierten Boote von Militär und der Guardia Civil, Spaniens militärisch organisierter nationale Polizei. So martialisch

te, wertete die Regierung offensichtlich als Warnsignal für Spaniens Ruf als verlässlicher Partner. Verteidigungsministerin Robles jedenfalls reiste just an jenem Tag nach Ceuta, an dem auch die EU-Vertreter die Exklave besuchten. Ihr folgten der Innenminister, die Gesundheits- und die Jugendministerin – ein ministerielles Großaufgebot, wie es Spanien zur Krisenbewältigung nur selten einsetzt.

»An kaum einem Thema entzündet sich die Polarisierung in Spanien so schnell wie an irregulärer Migration.«

hatte sich das Land unter Sánchez' Linksinregierung selten inszeniert. Bereits in den Tagen zuvor hatte sie den Ton deutlich verschärft. Jeder Migrant, der in Ceuta die Grenze irregulär übertreten habe, werde ausgewiesen, verkündete Außenminister José Manuel Albares. Verteidigungsministerin Margarita Robles wiederum bezeichnete die Exklaven auf dem afrikanischen Festland als »españolísimos«, als »zutiefst spanisch« – ein Superlativ, der bis dahin eher selten zum Sprachgebrauch der linken Regierung gehörte.

Die Vermutung liegt nahe, dass damit ein deutliches Signal an die EU gesendet werden sollte – insbesondere an jene Mitgliedstaaten, die Spaniens Migrationspolitik als möglichen Treiber der Krise gegeißelt hatten. Madrid wollte mit markanten Worten und Gesten jeglichen Zweifel an seiner Fähigkeit zum Grenzschutz ausräumen. Tatsächlich hat die Kritik der EU-Partner Sánchez an einer empfindlichen Stelle getroffen: Wohl kaum ein spanischer Regierungschef der vergangenen Jahre hat so sehr versucht, innerhalb der Europäischen Union eigene Akzente zu setzen und das Land zu einem aktiven Mitgestalter zu machen. Dass Brüssel die Situation in Ceuta aufmerksam bis kritisch beobachtete und ein eigenes Expertenteam zur Lagebewertung dorthin schick-

Der Streit um die Minderjährigen

Damit setzte die Regierung auch ein innenpolitisches Signal. Denn an kaum einem Thema entzündet sich die politische Polarisierung im Land so schnell wie am Umgang mit irregulärer Migration, vor allem mit den minderjährigen Migrantinnen und Migranten. Unbegleitete Kinder und Jugendliche dürfen laut UN-Kinderrechtskonvention und spanischem Ausländerrecht nur dann zu ihren Familien und in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden, wenn sie dort angemessen betreut werden können. Dazu ist eine Einzelfallprüfung notwendig.

In Ceuta hat die Polizei bis zum 18. August laut Behörden 2168 unbegleitete Kinder und Jugendliche registriert. Dazu kommen noch hunderte, die nach Berichten von NGOs wie Save the Children zu diesem Zeitpunkt auf der Straße lebten oder in verlassenen Gewerbegebieten Unterschlupf gefunden hatten, teils unter extrem prekären Bedingungen.

Ist das Kindeswohl nicht gewährleistet, kommen die Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in spanische Obhut. Etwa 17 000 Plätze in Aufnahmezentren, in geringerem Maß auch in Gastfamilien, gibt es dafür aktuell im ganzen Land – in Ceuta aber nur 29, die bereits vor den jüngsten Ereignissen mehrfach überbelegt waren. Laut spanischem Recht müssen die minderjährigen Migranten nach ihrer Registrierung eigentlich innerhalb von spätestens 15 Tagen in Zentren in anderen Regionen verlegt werden. Doch bisher gibt es lediglich Pläne für die Umverteilung des am stärksten gefährdeten

und daher besonders schutzbedürftigen Kollektivs: Etwa 500 Mädchen und junge Frauen, darunter einige, die von sexualisierter Gewalt berichtet haben, sollen von Kinderschutzorganisationen auf dem Festland betreut werden.

Weitergehende Versuche scheiterten bisher am Widerstand der Opposition. Während der konservative Partido Popular (PP), der teils allein, teils gemeinsam mit der rechtsextremen Vox in 14 der 19 Autonomen Gemeinschaften regiert, zunächst noch ankündigte, sich an geltendes Recht halten zu wollen, stellten sich die Rechtsextremen grundsätzlich gegen die Aufnahme. Inzwischen ist auch der PP auf diesen Kurs umgeschwenkt. Bei seinem jüngsten Ceuta-Besuch forderte Parteichef Alberto Núñez Feijóo die sofortige Ausweisung aller noch in Ceuta verbliebenen Migranten und schloss ausdrücklich auch die Minderjährigen ein.

Das zeigt, wie sehr Vox mittlerweile den Diskurs prägt. Das Akronym »MENA« (Menores extranjeros no acompañados, unbegleitete ausländische Minderjährige) ist schon seit Jahren ein Kampfbegriff der Rechten. Mit ihm ging Vox gezielt auf Stimmenfang: Eine Studie des Forschungszentrums Centro Reina Sofía de la Juventud zeigt, wie die Verwendung des Begriffs und seine Kopplung an Jugendkriminalität in den Wahlkampfjahren 2018 und 2019 explosionsartig anstieg – vor allem durch die extreme Rechte.⁴

Ein chronisches Problem

Die Radikalisierung des Diskurses zeigt Parallelen zum Abschottungstrend in weiten Teilen Europas und der USA, hat aber auch einen spezifisch spanischen Hintergrund. Das Phänomen allein reisender Kinder und Jugendlicher kennen spanische Behörden bereits seit den frühen 2000er Jahren, sie entwickelten aber lange keine strategische Antwort. So entstand ein chronisches Problem. Das liegt

auch an der Kompetenzaufteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen. Während die Belange erwachsener Migranten weitgehend in die Hände des für Asylangelegenheiten und Einwanderung zuständigen Zentralstaates fielen, sind die Autonomen Gemeinschaften für den Schutz sozial Bedürftiger verantwortlich. Ihnen obliegt daher auch die Aufnahme und Betreuung der minderjährigen Migranten. Das führt regelmäßig zur Überlastung von Regionen wie Ceuta und Melilla, Andalusien und den Kanarischen Inseln – jenen Regionen und Städten, die aufgrund ihrer geografischen Lage besonders von Migration betroffen sind.

Erst nach der »Kanaren-Krise« 2024 versuchte die Regierung, eine spanienweit verbindliche Regelung zu schaffen. Damals waren die Kanarischen Inseln mit mehr als 5000 unbegleiteten Minderjährigen konfrontiert. Die nach langen Verhandlungen erstrittene landesweite Umverteilung von 347 Kindern und Jugendlichen führte zu einer politischen Krise: Vox ließ sämtliche Koalitionen platzen, die sie auf regionaler Ebene mit den Konservativen eingegangen war.

Um solche Querelen künftig zu vermeiden, verankerte die Linkskoalition daraufhin per »Königlichem Dekret« einen gesetzlich definierten Verteilungsschlüssel im Ausländerrecht: Liegt die Belegung eines Aufnahmezentrums beim Dreifachen seiner festgelegten ordentlichen Kapazität, gilt das als »Migrationsnotlage« – und die Jugendlichen müssen in Zentren in jenen Regionen verlegt werden, in denen noch Platz für sie ist. Die Zahl der staatlich finanzierten Plätze wird von der Zentralregierung jährlich festgelegt, die dabei neben der Bevölkerungszahl auch Faktoren wie Arbeitslosigkeit und Durchschnittseinkommen einer Region berücksichtigt.⁵

Während die Linkskoalition die Regelung als »gerechte Lösung« feierte, gab es auf regionaler Ebene von Beginn an

4 Vgl. Stribor Kuric Kardelis u.a., MENAs y polarización en medios sociales digitales: la retroalimentación del odio, in: »lcono14«, 1/2024.

5 Vgl. Real Decreto-ley 2/2025, boe.es, 18.3.2025.

erhebliche Widerstände. Behörden in Murcia, Aragón, Madrid und anderen Regionen lehnten Anfragen mit teils strittigen Verweisen auf die angebliche Überbelegung der entsprechenden Zentren ab.⁶ Zudem sitzt in vier Autonomen Gemeinschaften Vox wieder mit auf der Regierungsbank - und hat die Weigerung, minderjährige Migranten aufzunehmen, in den Koalitionsvereinbarungen verankert.

Auch strukturell zeigten die neuen Verteilungsmechanismen bereits Schwächen: An neuralgischen Punkten wie Ceuta sind sie der Realität nicht gewachsen. In der Exklave war das Aufnahmезentrum bereits vor der aktuellen Notlage chronisch überfüllt. Zwischen September 2025 und Juli 2026 wurden mehr als 600 Jugendliche aufs Festland gebracht. Die aktuelle Situation bringt ein ohnehin gestresstes System an seine Grenzen.

Rückenwind erhält Spaniens Rechte nun auch von der EU. Wenige Tage, nachdem am 15. August vor allem Marokko

Für Spaniens Regierung wird der Umgang mit den Minderjährigen zum Lackmustest. Hält das Land weiter an einer Einzelfallprüfung fest oder opfert die Linkskoalition ihren moralischen Anspruch, um ihre Reputation innerhalb der EU nicht zu gefährden? Derzeit scheint nur Jugendministerin Sira Rego vom kleineren Koalitionspartner Sumar am bisherigen Kurs festzuhalten. Trotz der Diskrepanzen mit dem restlichen Kabinett sucht sie nach einer Formel, die eine Umverteilung der Minderjährigen auch gegen die Fundamentalopposition der Regionalregierungen ermöglicht: Die 500 Mädchen und jungen Frauen sollen zur Einzelfallprüfung (und gegebenenfalls darüber hinaus) formal unter Obhut Ceutas bleiben, tatsächlich aber von NGOs auf dem Festland betreut werden.

Die übrige Regierung scheint dem von der EU eingeschlagenen Weg zu folgen. Fast zeitgleich zum Auftritt des EU-Sprechers bezeichnete auch Präsidialminister Félix Bolaños die Rückführung der Minderjährigen zu ihren Familien als absolute Priorität. Das fügt sich in die außenpolitische Linie der Regierung: Bei seinen Bemühungen um mehr internationalen Einfluss hat Sánchez immer wieder Spaniens Bedeutung für die EU-Außengrenze betont. Spaniens Rolle beim Schutz der »Südflanke« dient ihm auch als Argument, der von den USA geforderten Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu widersprechen. Damit hat sich das Nato-Mitglied Spanien international in eine Bringschuld gebracht.

Dazu gehört nach der neuen Logik der EU auch die Rückführung der minderjährigen Migranten - auf Kosten von deren verbrieften Rechten. Je stärker Spanien seine Rolle als verlässlicher Partner beim Schutz der EU-Außengrenze definiert, desto schwieriger wird es, die Selbstbeschreibung als letzte Bastion einer humanen Migrationspolitik aufrechtzuerhalten. Das ist der moralische Preis für Spaniens außenpolitische Renaissance. 

»Opfert die Regierung ihren moralischen Anspruch, um ihre Reputation in der EU nicht zu gefährden?«

durch massiven Militäreinsatz einen erneuten Grenzübertritt unmöglich gemacht hatte, sprach sich EU-Sprecher Markus Lammert für eine Rückführung aller Migranten in das nordafrikanische Land aus - ausdrücklich auch der unbegleiteten Minderjährigen - und verwies dabei auf den europäischen Rechtsrahmen. Save the Children und UNICEF protestierten: Eine Einzelfallprüfung sei unerlässlich, auch weil die Minderjährigen teils aus dem Tschad oder dem Sudan kommen und ein Schutzanspruch bestehen könne, so Save the Children.

6 Vgl. Quince comunidades acogen menos menores migrantes de lo que les correspondería por población, EFE, 8.5.2025.